

Amalgam- (Zinn!) und Palladiumvergiftung durch Zahnersatz

Manfred Kiewers
BBFU-Bundesverband

48527 Nordhorn

18.4.98

BSG Kassel in Sachen Amalgam

Lieber Manfred,

anbei überreiche ich Dir die Stellungnahme des BSG Kassel. Ein Revisionsverfahren wurde gar nicht erst zugelassen, ist also abgewürgt worden.

Das BSG Kassel ignoriert das vorgelegte und zur Verfügung gestellte Beweismaterial wie z.B.:

2 zinnvergiftete Zähne von mir;
sämtliche Laborbefunde von Dr. Schiwara-Bremen über Zinn- und Palladiumvergiftungen, also Laborwerte, die teilweise in Bereichen wie Speichel, Blut, Urin, Stuhl, Gewebe erheblich über den Grenzwerten lagen;
Epicutanpässe von 3 unterschiedlichen Allergologen;
ca.600 Strafanzeigen gegen den Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen in Köln;
Ca. 500 Strafanzeigen gegen den ehemaligen Bundesgesundheitsminister Norbert Blüm;
die weltweit einmalige - 20.000 Probanden betreffende Speicheluntersuchung auf Quecksilber durch Amalgam der Universität Tübingen;
diverse nationale und internationale Literatur (z.B. Daunderer u.a.);
ebenfalls die Studie von Prof.Dr. Drasch-Rechtsmedizin München: Quecksilberstudie bei Feten und Säuglingen, Amalgamvergiftung über die Mutter;
Quecksilberstudie von Frau Dr.med. Ingrid Gerhard-Uni Heidelberg;
Quecksilberbelastung und Fruchtbarkeitsstörungen; usw.usw usw.

Fazit: Das BSG Kassel will über das Amalgamthema nicht verhandeln - es ist eben ein TABU-Thema. Die dortigen Richter fürchten ein Karriereknick, mit Sicherheit wird von GANZ OBEN entsprechender Druck ausgeübt - eine wirklich freie Justiz gibt es eben nicht in der BRD. Aus Sicht einer Betroffenen stelle ich fest, daß mit krimineller Energie jegliche wissenschaftliche Beweisführung ignoriert oder unterschlagen wird. Wenn in Deutschland in Sachen Amalgamverbot hier etwas erreicht werden soll, bleibt nur der gewaltsame Protest auf der Strasse (Autoreifen anzünden-Fernsehen mobilisieren usw.usw.)- Mit stillen + stummen Mahnwachen von ca. 10-20 Personen läßt sich hier überhaupt nichts ändern.

Alle anderen Versuche - man denke nur an die über 1000 Strafanzeigen von persönlichen Betroffenen oder unseren unendlichen Briefen oder Demos vor dem Bundesgesundheitsministerium in Bonn haben de facto nichts gebracht und diese Art und Weise wird in diesem Staat einer abhängigen, nicht freien Justiz auch in Zukunft nichts bringen. Insofern bleibt aus meiner Sicht, noch der oben beschriebenen Weg.

Herzliche Grüße R. A.